

Initiativantrag 1 (in der Fassung der Antragskommission) Leitantrag des SPD-Parteivorstandes

Empfehlung: Annahme

Kraft der Erneuerung Wir sichern Deutschlands Zukunft

I. Verantwortung für unser Land

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind die Kraft der Erneuerung. Soziale und politische Verantwortung sind für uns die Basis unseres Handelns. Wir wollen die wirtschaftliche Globalisierung politisch gestalten. Wir werden das neue Europa als wirtschaftliche und soziale Einheit aktiv weiterentwickeln. Hierzu werden wir auch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007 nutzen. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft erneuern, damit langfristiges Wachstum sich gegen kurzfristiges Profitdenken durchsetzen kann. Wir wollen unseren Sozialstaat als vorsorgenden Sozialstaat finanziell sichern und in seiner Wirksamkeit verbessern. Die SPD ist und bleibt die Partei der sozialen Gerechtigkeit.

Die Große Koalition hat Chancen, und wir wollen ihren Erfolg. Wir können politische Blockaden auflösen und endlich Bund und Länder in Deutschland gemeinsam reformieren. Dies gilt vor allem bei den schwierigen Aufgaben wie der Föderalismusreform, dem Arbeitsmarkt und der Finanzpolitik. Der Koalitionsvertrag bildet eine gute Grundlage für die Arbeit bis 2009. Unsere sozialdemokratische Handschrift ist in diesem Vertrag und bei seiner Umsetzung deutlich erkennbar. Aber es geht um mehr: wir wollen Perspektiven für das kommende Jahrzehnt aufzeigen. Wir übernehmen Verantwortung, auf allen Ebenen. Wir wollen den gesellschaftlichen Dialog darüber, wie unsere Gesellschaft in Zukunft aussehen soll.

Im Herbst wird in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gewählt. Wir werden dafür kämpfen, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in diesen beiden Ländern auch in Zukunft stärkste Partei bleiben und Harald Ringstorff und Klaus Wowereit weiter an der Spitze der Regierungen stehen. Die kommunalen Stichwahlen in Thüringen und die Kommunalwahlen in Niedersachsen wollen wir nutzen, um die sozialdemokratische Verankerung in den Gemeinden, Städten und Landkreisen zu verstärken.

1. *Wir setzen auf einen handlungsfähigen Staat*

Unsere Ziele sind Wohlstand für alle und die Teilhabe aller Menschen an der Erwerbsarbeit. Voraussetzung hierfür sind gute Bildung und Qualifikation; starke Forschung und Entwicklung, gute Infrastruktur, sozialer Friede, Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger und internationale Verantwortung. Dies sind Deutschlands Stärken. In diese Stärken investieren wir. Es gibt für uns keinen Zweifel daran, dass unser Gemeinwesen für seine Aufgabenerfüllung mit den notwendigen Finanzmitteln ausgestattet sein muss.

Die Menschen in Deutschland haben die vielen Veränderungen der letzten Jahre mitgetragen. Aber es muss deutlich bleiben, dass es dabei gerecht zugeht. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Wir haben deshalb dafür gesorgt, dass die so genannte „Reichensteuer“ in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde und es ist unser Erfolg, dass sie nun umgesetzt wird. Die volle Wirksamkeit erzielt die Reichensteuer nach Inkrafttreten der Unternehmenssteuerreform.

Die SPD will international wettbewerbsfähige Unternehmen. Deshalb ist es vernünftig, die nominalen Steuersätze gezielt zu senken. Voraussetzung ist für uns, dass zugleich eine

nachhaltige Sicherung der deutschen Steuerbasis erfolgt und Gestaltungsspielräume eingeschränkt werden. Das Schließen der Diskrepanz zwischen den nominalen Steuersätzen und den tatsächlichen Steuerzahlungen wird sicherstellen, dass das Ergebnis bei den Unternehmenssteuern weitgehend aufkommensneutral ist. Es ist unser Ziel, Steuern konsequent einzuziehen und Steuerbetrug entschlossen zu bekämpfen.

Die Kommunen benötigen eine sichere und solide Finanzbasis. Über eine Fortentwicklung der Gewerbesteuer werden wir im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform in enger Abstimmung mit den Kommunen entscheiden.

Die SPD steht für die stärkere Einbeziehung großer Vermögen in die Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Die beabsichtigte Reform der Erbschaftssteuer muss deshalb auch die verfassungskonforme und sozial gerechte Änderung des Bewertungsgesetzes vorsehen.

2. Wohlstand und Beschäftigung

Wohlstand und Beschäftigung brauchen erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer und selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der wirtschaftspolitische Kurs der letzten Jahre war richtig. Unsere Wettbewerbsfähigkeit beweist das. Deutschland ist seit Jahren Exportweltmeister. Allmählich kommt der Schwung auch in der Binnennachfrage an. Dies wird dem Arbeitsmarkt zugute kommen. Jetzt heißt es, diesen Schwung aufzunehmen. Deshalb investieren wir in Deutschlands Stärken. Mit dem Wachstumspaket von insgesamt rd. 25 Mrd. Euro bis 2009 geben wir Impulse für mehr Investitionen und Beschäftigung. Wir fordern die Unternehmen auf, die verbesserten Rahmenbedingungen zu erkennen und zu nutzen und neue Beschäftigung zu schaffen.

Wir müssen das Gütesiegel „Made in Germany“ weiterentwickeln und zu neuer Stärke führen. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, am Ziel der Lissabon-Strategie festzuhalten. Deutschland muss ab 2010 einen Anteil von mindestens 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes jährlich in Forschung und Entwicklung investieren. Der Staat leistet hierzu seinen Beitrag. Die SPD geführte Bundesregierung hat bereits seit 1998 dafür gesorgt, dass die staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung steigen. Nun ist die Wirtschaft gefragt.

In unserer Gesellschaft muss das Bewusstsein wachsen, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf ihre Weise genauso leistungsfähig sind wie die Jüngeren. Mit einer verbesserten Beschäftigungssituation und mit Existenz sichernden Löhnen wird es allen möglich sein, mit der gesetzlichen Rente sowie der zweiten und dritten Säule der Altersvorsorge einen angemessenen Lebensstandard zu bewahren. Die staatliche Förderung trägt dazu entscheidend bei. Die schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist eng an die Verbesserung der Beschäftigungschancen Älterer gebunden. Deshalb starten wir die Initiative 50 plus, deren Ziel es ist, die Arbeitsmarktchancen Älterer erheblich zu verbessern. Hierbei wollen wir einen Schwerpunkt auf die Beschäftigungschancen von Frauen legen, damit sie ihre eigenständige Alterssicherung verbessern können.

Wir müssen viel stärker als bislang in die Kräfte und Talente aller Menschen investieren. Eine gute Ausbildung ist für die Integration aller Jugendlichen in unserer Gesellschaft unabdingbar. Angesichts der positiven wirtschaftlichen Entwicklung ist jetzt die Wirtschaft besonders gefordert. Der Ausbildungspakt muss fortgeführt und weiterentwickelt werden. Wir begrüßen, dass das Ziel, dass kein junger Mensch unter 25 Jahre länger als 3 Monate arbeitslos bleibt, nachdrücklich weiterverfolgt wird.

3. Arbeitnehmerrechte sichern

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland haben eine hohe Leistungsmotivation. Die Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern

sichert bis heute ein gutes soziales Klima. Mit uns wird es keinen Weg geben, die Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Unternehmensbereich oder in den Betrieben zurückzunehmen. Wir haben den Bestand der Tarifautonomie und des Flächentarifvertrags zur Kondition für den Eintritt in die große Koalition gemacht. Wir werden dafür kämpfen, dass dies auch auf der europäischen Ebene Gültigkeit behält.

Wir können und wir wollen den Wettlauf um die niedrigsten Löhne nicht gewinnen. Wir wollen gerechte Löhne für gute Arbeit. Menschen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können. Außerdem müssen wir im Zusammenhang mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie Regelungen finden, die eine Mindestabsicherung gegen Billiglohnkonkurrenz in den Bereichen ermöglichen, die keiner tarifvertraglichen Regelung unterliegen. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sind deshalb seit langem mit den Gewerkschaften darüber im Gespräch, mit welchen Instrumenten wir für existenzsichernde Einkommen sorgen können. Wir wollen gemeinsam eine Lösung finden. Diese Lösung kann bestehen in der Ausweitung des Entsendegesetzes und in der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

4. Die Gestaltung der deutschen Einheit bleibt eine gesamtdeutsche Aufgabe

Die gewaltige finanzielle Solidarität der alten Länder und die enormen Aufbau- und Anpassungsleistungen der Ostdeutschen sind beispielhaft. Weil die öffentlichen Haushalte in den neuen Ländern durch die Bevölkerungsentwicklung, durch die bis zum Jahr 2019 auslaufenden Mittel des Solidarpakt II sowie die abnehmende Unterstützung aus den europäischen Strukturfonds vor zunehmenden Belastungen stehen, kommt es darauf an, eine umfassende Strategie zur Bewahrung der finanziellen Handlungsfähigkeit der neuen Länder zu entwickeln.

Ostdeutschland braucht weiter verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen. Dazu tragen wir mit der Weiterführung der Investitionszulage bei. Auch der Ausbau der Forschungslandschaft, die Innovationsförderung und der weitere Ausbau moderner Infrastruktur dienen diesem Ziel.

Bisher überwinden nur starke regionale Wachstumszentren die Schwelle hin zur selbst tragenden Entwicklung. Deshalb ist es konsequent, für deren Stärkung vorrangig die verfügbaren Mittel einzusetzen, damit sie als Motoren für die gesamte regionale Wirtschaft und als Magneten gegen die Abwanderung von jungen und beruflich hoch qualifizierten Menschen dienen können. Wir müssen jetzt auch Strategien entwickeln, wie wir diese, für manche Regionen dramatischen demografischen Entwicklungen bewältigen können.

5. Zukunftsfrage Energie

Die Energiefrage ist eine Zivilisationsfrage der Menschheit im 21. Jahrhundert. Eine sichere Energieversorgung für die Zukunft ist auch Voraussetzung für eine grundlegende Friedens- und Sicherheitspolitik. Es gilt Konflikte um Ressourcen zu verhindern.

Die besten Standorte der Zukunft werden die sein, die effizient mit der Ressource Energie umgehen. Forschung und Entwicklung neuer Technologien im Energiebereich stärken Deutschland als Industriestandort und stärken die Wettbewerbsfähigkeit. Unsere Energiepolitik orientiert sich an vier Zielen. Erstens: die Energieeffizienz steigern. Zweitens: Erneuerbare Energien erforschen, in den Markt einführen und wettbewerbsfähig machen. Drittens: die heimischen Energieträger umweltverträglich nutzen und die bestehenden Kraftwerkparke erneuern. Und viertens: den Emissionshandel als Instrument des Klimaschutzes ausbauen. Wir haben den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Dabei bleibt es. Unsere Vision lautet: Weg vom Öl. Hin zu erneuerbaren Energien.

6. Eine nachhaltige Gesundheitsreform

Gesundheit ist ein wichtiges Gut, weil sie die Grundlage der Leistungsfähigkeit und Teilhabe jedes einzelnen Menschen ist. Die Solidarität ist das tragende Fundament unseres Gesundheitswesens. Die Gesunden stehen für die Kranken, die Jüngeren für die Älteren und die finanziell Stärkeren für die finanziell Schwächeren ein. Wir brauchen Strukturreformen für eine bessere Versorgung der Patientinnen und Patienten und einen effizienteren Einsatz der Versichertengelder. Das ist die Grundlage für eine Reform der Finanzierung, deren tragendes Element die Solidarität bleibt. Deswegen haben folgende Prinzipien für die Verhandlungen Bestand:

- Alle Menschen sollen in Zukunft krankenversichert sein.
- Jede und jeder soll auch künftig im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherungen das erhalten, was medizinisch notwendig ist. Die Qualität der Versorgung muss für alle Bürgerinnen und Bürger im Zentrum stehen. Auch zukünftig bleibt die Teilhabe aller am medizinischen Fortschritt gesichert.
- Alle Bürgerinnen und Bürger müssen sich an der solidarischen Finanzierung der Gesundheitsversorgung beteiligen. Die Bemessungsgrundlage der Finanzierung ist dabei zu verbreitern. Der Beitrag jedes Einzelnen soll sich nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit richten. Eine solidarische Reform der Finanzierung schließt Kopfpauschalen aus.
- Ein fairer Wettbewerb zwischen gesetzlichen und privaten Kassen und ein modernisierter Risikostrukturausgleich sind notwendig.
- Arbeitgeber bleiben wie bisher an der Finanzierung beteiligt. Die Mitverantwortung der Arbeitgeber für Effizienz und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen muss erhalten bleiben.

7. Sozialer Zusammenhalt und Integration

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für ein gutes, vertrauensvolles und partnerschaftliches Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen, Nationen und Religionen in Deutschland. Notwendig ist dazu eine funktionierende Integration. Wir fordern sie ein von denen, die zu uns kommen aber auch von der Gesellschaft in der sie leben. Denn in der Integrationsfähigkeit zeigt sich unser gesellschaftliches Selbstverständnis: unsere Weltoffenheit, unser Umgang mit kulturellen Differenzen, das Ernstnehmen der eigenen Verfassungsprinzipien und unsere Bindung an menschenrechtliche Normen.

Wir setzen uns ein für faire Chancen und klare Regeln. Das heißt für uns: Zuwanderer und ihre Kinder brauchen eine aktive Förderung, die im Kindergarten beginnt, die schon vor der Schule den Erwerb der deutschen Sprache garantiert und die über Bildung und Qualifizierung die Hürden auf dem Weg zum Arbeitsplatz überwinden hilft. Im Gegenzug erwarten wir eine starke, eine entschlossene und eine dauerhafte Bereitschaft zur Integration. Nach dem Prinzip des Förderns und Forderns erwarten wir von den Zuwanderern eigene Anstrengungen, z. B. das Erlernen der deutschen Sprache. Und wir erwarten, dass sie unsere Rechts- und Verfassungsprinzipien anerkennen. Sie sind unerlässlich für die Sicherung der individuellen Rechte des Einzelnen, für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Funktionsfähigkeit des Staates.

8. Zukunft für Kinder und Familien

Es ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf allen Ebenen eine moderne Politik für Kinder und Familien zu gestalten. Wir wollen eine Gesellschaft, die eine gute Zukunft hat, weil Kinder in ihr eine gute Zukunft haben. Mit dem Elterngeld, dessen

Einführung wie im Koalitionsvertrag durchsetzen konnten, leisten wir unseren Beitrag, damit junge Frauen und Männer Familien gründen und mit Kindern leben können. Wer nach der Geburt eines Kindes seine Berufstätigkeit unterbricht, ist erstmals selbst wirtschaftlich abgesichert. Auch Vätern wird es leichter möglich, sich früh in die Erziehung der Kinder einzubringen. Wir haben dafür gesorgt, dass arbeitslose Menschen beim Elterngeld nicht leer ausgehen. Nicht-Erwerbstätige werden einen Sockelbetrag von 300 Euro monatlich erhalten, der nicht auf andere Sozialleistungen angerechnet wird. Zusammen mit dem weiteren Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren und der Fortführung des Ganztagschulprogramms ist die Einführung des Elterngeldes ein zentrales Element sozialdemokratischer Familienpolitik, bei dem wir uns an Modellen orientieren, die z.B. in Schweden erfolgreich sind. Und es sind auch wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die fest an der Seite junger Menschen stehen, wenn es darum geht, mit guter Ausbildung und einem Einstieg in ein sicheres Berufsleben die Basis zu schaffen, Verantwortung zu übernehmen und Familien zu gründen.

9. Geschlechtergerechtigkeit voranbringen

Die SPD ist die Partei, die sich für Geschlechtergerechtigkeit einsetzt und sie umsetzt. Für uns gilt: Wer eine menschliche Gesellschaft will, muss die Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen verwirklichen. Gleiche Chancen, aber auch gleiche Möglichkeiten im Ergebnis für Männer und Frauen in Gesellschaft, Politik, Wissenschaft, im Beruf, bei Karriere und der Familie zu schaffen, ist unsere zentrale Aufgabe. Unsere Ziele sind der geschlechtergerechte Umbau des Arbeitsmarktes und die gleichberechtigte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Wir wollen, dass Frauen und Männer gleichermaßen ihre Berufs- und Karrierewünsche verwirklichen und sich partnerschaftlich die Fürsorge für die Familie teilen können. Wir arbeiten für das Ziel, die traditionellen Rollenmuster bei der Studien- und Berufswahl zu überwinden. Dies ist der Schlüssel, um nachhaltig Berufs-, Verdienst- und Karrierechancen von Frauen zu verbessern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Frauen und Männern die Perspektive auf ein existenzsicherndes Erwerbseinkommen und eine eigenständige soziale Sicherung eröffnen – unabhängig von ihrer individuellen Lebensform. Dies gilt besonders für die Altersvorsorge. In den vergangenen Legislaturperioden haben wir richtige Weichenstellungen getroffen. Mit dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG) haben wir in der Großen Koalition einen wichtigen Schritt in Richtung Geschlechtergerechtigkeit durchgesetzt.

10. Internationale Verantwortung

Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sind Kernpunkte sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik und sie sind Bestandteile unserer nachhaltigen und präventiven Sicherheitsstrategie. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist eine der größten Bedrohungen für die Völker und Nationen der Welt. Ein Mehr an Waffen bedeutet nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Aus diesem Grund haben wir im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass sich die Bundesregierung für eine aktive Abrüstungspolitik und langfristig vollständige atomare Abrüstung einsetzt. Die SPD wird in der Koalition sicherstellen, dass die Bundesregierung diese Politik umsetzt. Als Partei werden wir hierbei Taktgeberin sein und entsprechende Initiativen voranbringen. Auch regionale Abrüstungsinitiativen spielen hierbei eine bedeutende Rolle.

Im Einklang mit der Internationalen Gemeinschaft wollen wir verhindern, dass sich der Iran Atomwaffen verschafft. Eine Atommacht Iran hätte nicht nur für die unmittelbare Region eine destabilisierende Wirkung.

Wir verurteilen aufs Schärfste die wiederholten anti-israelischen und anti-semitischen Äußerungen des iranischen Präsidenten, die menschenverachtend sind und die zu einer Eskalation der Situation beitragen. Die iranische Führung muss das in der Internationalen Gemeinschaft verlorene Vertrauen durch entsprechendes Handeln wiederherstellen. Sie

muss glaubhaft darlegen, dass sie die Atomkraft ausschließlich zu friedlichen Zwecken nutzen möchte. Eine solche Politik dient auch den Menschen im Iran, die als geachteter und stolzer Partner ihren Platz in der Weltgemeinschaft einnehmen wollen und müssen. Die SPD unterstützt die verantwortungsvolle Arbeit und die Initiativen der Internationalen Atomenergiebehörde und der Vereinten Nationen. Sie sind die für diesen Konflikt zuständigen Institutionen. Es war erfolgreiche Politik der SPD-geführten Bundesregierung, zusammen mit unseren europäischen Partnern, eine internationale Koalition für die Verhandlungen mit dem Iran zu organisieren. Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat diese Diplomatie fortgesetzt, die zeigt, dass es sich um einen Konflikt zwischen der Weltgemeinschaft und der iranischen Führung handelt und nicht etwa um einen Konflikt zwischen westlichen Staaten und dem Iran.

Die SPD unterstützt nachdrücklich das Ziel, die internationale Koalition zusammenzuhalten, die auf Grundlage des Völkerrechts und der Zuständigkeit von Internationalen Organisationen agiert. Deshalb erinnern wir vor allem die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates daran, dass sich aus ihrer privilegierten Stellung innerhalb der UNO, auch eine besondere globale Verantwortung für den Weltfrieden ergibt. Die Welt schaut auf sie. Wir brauchen gerade in diesem Fall einen effektiven Multilateralismus und plädieren für eine Koalition der Vernünftigen. Dies bedeutet, dass sich die ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder nicht aus nationalen Erwägungen einer internationalen politischen Lösung versperren oder sie gar verhindern dürfen. Genauso wenig dürfen das Völkerrecht und die Zuständigkeit von Internationalen Organisationen in Frage gestellt werden. Aktive Mitwirkung und direkte Beteiligung an einer langfristig tragfähigen, friedlichen Lösung ist gefordert, auf allen Seiten. Eine zentrale Rolle spielen dabei die USA. Es wäre wünschenswert, wenn es zwischen den USA und dem Iran zu direkten Gesprächen kommen könnte.

Die SPD setzt sich für eine diplomatische Lösung des Konflikts ein, die im Rahmen der völkerrechtlichen Bestimmungen gefunden werden muss. Militärische Optionen, wie sie von manchen diskutiert werden, lehnen wir ab. Eine Militarisierung des Denkens darf es im 21. Jahrhundert nicht geben.

11. Armut bekämpfen – Globalisierung gerecht gestalten.

Entwicklungszusammenarbeit ist eine internationale Gemeinschaftsaufgabe, zu der wir wirksame und sichtbare Beiträge leisten. Wir haben uns zur Umsetzung der Prinzipien der Millenniumserklärung und der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele bis zum Jahr 2015 verpflichtet, d.h. zum Engagement gegen die globale Armut.

Im EU Stufenplan haben wir den Zuwachs unserer Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit beschlossen. Wir werden diesen Stufenplan – wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben – umsetzen. Bereits im Jahr 2005 haben wir einen Anteil der Entwicklungszusammenarbeit am BIP von 0,35% erreicht.

Mit dem Ziel der gerechten Gestaltung der Globalisierung setzen wir uns dafür ein, die Welthandelsordnung stärker an der Frage der Armutsbekämpfung auszurichten. Wir wollen die Doha-Welthandelsrunde zu einem erfolgreichen Abschluss bringen. Dabei wollen wir den verbesserten Marktzugang für Entwicklungsländer ebenso erreichen wie den Abbau handelsverzerrender Zölle und von Agrarsubventionen und gleichzeitig differenzierte Marktöffnungsmechanismen für Entwicklungs- und Schwellenländer schaffen.

Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung bleibt langfristig die kostengünstigste Strategie für globale Sicherheit.

12. Die Europäische Union entschlossen fortentwickeln

Krisen, wie der Atomkonflikt mit dem Iran, zeigen, dass ein einheitliches und starkes Auftreten der Europäer in den internationalen Beziehungen des 21. Jahrhunderts von großer Bedeutung für die Sicherheit Europas und den Frieden in der Welt ist. Auch um die Globalisierung politisch und sozialdemokratisch gestalten zu können, brauchen wir ein starkes und ein nach innen wie außen handlungsfähiges Europa. Es gilt den europäischen Integrationsprozess - als ein in der Geschichte des Kontinents einzigartiges friedens- und wirtschaftspolitisches Erfolgsprojekt - mit Leidenschaft und Augenmaß weiter voranzutreiben!

Der entschiedene Einsatz für die Fortführung des europäischen Einigungswerks ist umso notwendiger, da sich die Europäische Union aktuell in einer schwierigen Phase befindet: Zwei Jahre nachdem durch den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten in Europa zusammengewachsen ist, was zusammengehört, ist die Vertiefung des Einigungsprozesses durch die Ablehnung der Europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden ins Stocken geraten. In Anbetracht der Herausforderungen, vor die sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in der internationalen Politik, durch die Globalisierung und die demographische Entwicklung gemeinsam gestellt sehen, ist aber ein starkes, handlungsfähiges und demokratisches Europa unerlässlich. Deshalb wird sich die SPD auf nationaler und europäischer Ebene weiter für das Inkrafttreten der Europäischen Verfassung einsetzen. Unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 wird es darauf ankommen, dem Verfassungsprozess neue Impulse zu verleihen!

Zu unserem Einsatz für die Fortführung des europäischen Einigungsprozesses gehört auch die Fortführung der EU-Erweiterungspolitik. Um die außenpolitische Glaubwürdigkeit der Europäischen Union aufrechtzuerhalten, ist es notwendig bereits eingeleitete Verhandlungs- und Heranführungsprozesse unter Einhaltung der von der EU definierten Verhandlungskriterien sowie unter Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit der EU fortzuführen.

Um den europäischen Einigungsprozess in Zukunft erfolgreich gestalten zu können, ist neben den notwendigen institutionellen Reformen, zugleich auch die Zustimmung der Europäerinnen und Europäer zur Europäischen Union unerlässlich. Diese Zustimmung können wir langfristig nur gewinnen, wenn wir die großen wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und ökologischen Vorteile, die sich aus der immer engeren politischen Zusammenarbeit, dem Binnenmarkt und der gemeinsamen Währung ergeben, deutlich hervorheben. Um die wirtschaftliche Dynamik Europas wieder zu gewinnen und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, bedarf es dabei insbesondere großer Anstrengungen in den Bereichen Forschung und Innovation.

Zudem wird es darauf ankommen, die soziale Dimension des Integrationsprozesses zu stärken. Europa darf sich nicht auf einen Weg begeben, auf dem es aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit auf einen Wettlauf um die niedrigsten Sozial-, Umwelt und Lohnstandards setzt. Ein solches Europa wird von uns und von den Bürgerinnen und Bürgern nicht gewollt. Deshalb wird sich die SPD weiterhin für den Aufbau eines wettbewerbsfähigen und sozialen Europa und den Erhalt des europäischen Sozialmodells einsetzen!

II. Neue Perspektiven für unser Land

13. Ein neues Grundsatzprogramm

Bereits seit einiger Zeit arbeitet unsere Partei daran, das noch gültige Berliner Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1989 zu erneuern. In den letzten Jahren sind in wechselnder personeller Verantwortung viele wichtige Vorarbeiten erstellt, Diskussionen geführt und neue Gedanken entwickelt worden. Darauf wollen wir aufbauen.

Seit 1989 hat unsere Welt einen rasanten Wandel erfahren: die deutsche Einheit, das Zusammenwachsen Europas, neue globale Risiken und Bedrohungen, der beschleunigte Fortschritt in Wissenschaft und Technik und nicht zuletzt der intensivere Wettbewerb auf den internationalen Güter-, Dienstleistungs- und Finanzmärkten. All diese Entwicklungen ändern nichts an der Gültigkeit unserer Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie erfordern aber eine Neujustierung unserer Ziele und der Wege, auf denen die Grundwerte in praktische Politik übersetzt werden können. Letztlich geht es um die Frage, wie wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und eine Politik der Nachhaltigkeit für das 21. Jahrhundert auszusehen haben und wie diese gewährleistet werden können.

Am 24. April 2006 haben wir der Partei und der Öffentlichkeit „Leitsätze auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm“ vorgelegt, die die bisherige Diskussion in unserer Partei bündeln und einige zentrale Gedanken herausstellen. Diese Leitsätze sind noch kein Grundsatzprogramm, sondern die Grundlage für einen offenen Dialog, den wir mit allen Teilen der Gesellschaft führen wollen.

14. Eine neue soziale Übereinkunft

Ein Kerngedanke der „Leitsätze“ ist die Notwendigkeit einer neuen sozialen Übereinkunft in unserer Gesellschaft. Die Übereinkunft der Sozialen Marktwirtschaft in den ersten Nachkriegsjahrzehnten lautete „Leistung gegen Teilhabe“. Die Menschen hatten die Chance auf Leistung und auf sozialen Aufstieg und konnten im Gegenzug am gesellschaftlichen Wohlstand teilhaben. Es gab unterschiedliche Interessen, aber auch einen gemeinsamen Grundkonsens. Diese Übereinkunft wurde durch den rasanten Wandel, nicht zuletzt auch durch eine internationale Dominanz des Marktradikalismus, aufgelöst. Darum sind wir der Auffassung, dass wir eine neue soziale Übereinkunft auf drei zentralen Feldern brauchen:

- Das Projekt eines geeinten und starken Europa ist eine der wichtigsten Aufgaben, um die Globalisierung demokratisch gestalten zu können. Ein so verstandenes europäisches Projekt braucht aber das Vertrauen seiner Bürgerinnen und Bürger. Dieses setzt voraus, dass Europa mehr ist als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Wir wollen das soziale Europa.
- Die deutsche Tradition einer auf langfristiges Wachstum und Qualitätsproduktion ausgerichteten sozialen Marktwirtschaft gerät durch Standortwettbewerb und die auf den internationalen Finanzmärkten geltenden Spielregeln unter Druck. Die reine Orientierung auf den kurzfristigen Profit und die Nachfrageschwäche in Deutschland schaden unserer Wirtschaft. Vorrangige Aufgabe der Wirtschaftspolitik muss es sein, Innovation in Zukunftsmärkten zu ermöglichen, einen langfristigen Wachstumspfad abzusichern und für ein produktives Zusammenspiel von starker Exportwirtschaft und prosperierender Binnenwirtschaft zu sorgen.
- Wir müssen unseren Sozialstaat hin zu einem stärker vorsorgenden Sozialstaat weiterentwickeln. Nicht zuletzt Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben soziale Errungenschaften in unserem Land erkämpft und damit eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen erreicht. Aber unser Sozialstaat ist noch zu sehr nachsorgend: er ist zu wenig darauf ausgerichtet, soziale Probleme und Risiken von

vornherein zu vermeiden. Dazu gehören z.B. die frühe und individuelle Förderung von Kindern und stärkere Gesundheitsprävention. Wir setzen zudem auf eine Verstärkung des lebensbegleitenden Lernens. In der Arbeitsmarktpolitik setzen wir auf Aktivierung und nicht nur auf passive Transferzahlungen. Der vorsorgende Sozialstaat braucht zudem eine neue Finanzierungsbasis. Wir wollen über einen neuen Finanzierungsmix diskutieren.

15. Diskussion mit und für unsere Gesellschaft

Die Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm führen wir mit den Menschen und für die Gesellschaft. Die Wucht der Veränderungen der letzten 15 – 20 Jahre spüren alle Menschen am Arbeitsplatz und im Alltag. Das Bedürfnis nach Sicherheit und Orientierung ist gewachsen. Die positiven und negativen Erfahrungen und die Erwartungen an gestaltende Politik, die aus diesem Wandel resultieren, müssen Eingang in ein neues Programm finden. Als linke Volkspartei wollen wir den Dialog mit Menschen und den gesellschaftlichen Gruppen führen.

Die Diskussion über die „Leitsätze“ wird bis Anfang 2007 in einen Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm münden. Das neue Grundsatzprogramm werden wir im Herbst 2007 auf dem ordentlichen Parteitag der SPD beschließen.

III. Die SPD als moderne Mitgliederpartei

16. Für eine lebendige, kampagnenfähige Mitgliederpartei

Eine starke Mitgliederpartei SPD ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Als älteste demokratische Partei in Deutschland haben wir eine große Verantwortung. Wir wollen in der Gesellschaft verankert sein, Vertrauensarbeit leisten und Wünsche, Hoffnungen, aber auch Sorgen von Menschen aufgreifen und in politisches Handeln umsetzen. Wir wollen den Menschen Orientierung geben und eine „politische Heimat“ bieten. In unserer sozialen Zusammensetzung wollen wir Spiegelbild der Gesellschaft sein.

Die SPD als Mitglieder- und Volkspartei ist eine am Gemeinwohl orientierte Interessensorganisation. Sie ist eine freiwillige Selbstorganisation und steht als Partei inmitten der Gesellschaft. Sie vermittelt zwischen den Interessen und unterschiedlichen Segmenten der Gesellschaft. Sie wirkt in die Gesellschaft und leistet einen Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt.

Das Willy-Brandt-Haus bleibt Dienstleistungszentrale für die gesamte Partei. Wir werden die Bildungsarbeit auf allen Ebenen verstärken, für die kommunalen Mandatsträger ebenso wie für die Führungskräfte der Partei.

17. Die Bedeutung von Parteien und ehrenamtlichem Engagement

Die gesetzlichen Grundlagen für das Wirken und Handeln von Parteien haben sich nicht verändert. Nach dem Grundgesetz sollen die Parteien bei der politischen Willensbildung mitwirken. Diesen klaren Auftrag gilt es, selbstbewusst herauszustellen.

Die SPD weiß um die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements insb. in den Kommunen, denn ohne dieses Engagement ist ein lebendiges, demokratisches Gemeinwesen nicht denkbar. Wir unterstützen deshalb gesellschaftliches, ehrenamtliches Engagement und betonen die Bedeutung für die Demokratie. Wir brauchen in verstärktem Maße eine Kultur der Anerkennung von Ehrenamt und freiwilliger Beteiligung an den Belangen der Gesellschaft.

18. Neue Mitglieder gewinnen

Die SPD verliert Mitglieder, es treten jedes Jahr aber auch ca. 15.000 Frauen und Männer in die SPD ein. Ein Teil unserer Mitglieder will von vornherein nicht aktiv werden, sondern die Sozialdemokratie lediglich durch ihre Mitgliedschaft unterstützen. Das ist nicht nur legitim, sondern auch ein positives Motiv für Mitgliedschaft. Die Mehrheit – gerade der Neumitglieder - zeigt aber eine hohe Bereitschaft, auch aktiv in der Partei mitzuarbeiten. Diese Mitglieder haben eine hohe Erwartung an uns:

- Sie wollen Politik mitgestalten.
- Sie wollen an Entscheidungen nicht nur formal beteiligt sein.
- Sie wollen besser und tiefergehend informiert sein als Nichtmitglieder.
- Sie wollen sich mit der Geschichte und den Grundwerten der Partei und deren Erhalt auseinandersetzen.
- Sie wollen die Partei als „Gesinnungsgemeinschaft“ erleben.
- Sie wollen, dass die Partei verstärkt Bildungsangebote unterbreitet und sie wollen den Vereinscharakter des Ortsvereins gestärkt sehen.

Seit der Entgegennahme des Berichts der AG „Mitgliederpartei“ auf dem Parteitag in Karlsruhe 2005 ist einiges auf den Weg gebracht und umgesetzt worden:

- Die Angebote für (neue) Vorstandsmitglieder auf Ortsvereinsebene durch den Parteivorstand wurden verstärkt.
- Ein Mitgliederwerbekongress wird Ende Mai in Berlin stattfinden.
- Eine Reihe „Arbeitshilfen für die Ortsvereinsarbeit“ wird zum Mitgliederwerbekongress erscheinen.
- Wir haben begonnen für die Gastmitgliedschaft zu werben.
- Reisedienst und SPD-Card haben neue Angebote entwickelt, um die Attraktivität der SPD-Mitgliedschaft zu steigern.
- Der Informationsdienst „Intern“ wurde thematisch erweitert und neu gestaltet.

Dies alles sind erste Schritte, die Attraktivität der SPD-Mitgliedschaft zu steigern und die Kampagnenfähigkeit zu erhöhen. Dabei soll es aber nicht bleiben. Weitere Anstrengungen sind notwendig:

- Bis zum Parteitag 2007 wollen wir auf allen Ebenen verbindliche Anstrengungen unternehmen, neue Mitglieder zu gewinnen. Geeignete begleitende Materialien werden bereitgestellt.
- Parteivorstand und Organisationspolitische Kommission werden der Partei Vorschläge unterbreiten, den hauptamtlichen Apparat in der Fläche von Verwaltungsaufgaben zu entlasten, damit sich dieser verstärkt um Mitgliedschaft, Parteileben und Gliederungsbetreuung kümmern kann.
- Die von der AG „Mitgliederpartei“ unter Leitung von Kurt Beck gemachten Vorschläge zur Weiterentwicklung der Mitgliederpartei SPD werden weiter umgesetzt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt eine solidarische und gerechte, demokratisch sowie ökologisch verantwortlich gestaltete Gesellschaft.

Die Arbeitsweise, die Parteiorganisation und der Umgang miteinander müssen sich an diesen politischen Zielen orientieren.

Deshalb gibt es für die Sozialdemokratie keine Alternative zum Organisationsprinzip der Mitglieder- und Volkspartei.